



Zürich, 21. April 2023

Verkehrsversuch Bellerivestrasse – Stadt Zürich nimmt Verantwortung nicht wahr

Mit der Teilspernung der Bellerivestrasse zu Versuchszwecken nimmt die Stadt Zürich ihre überkommunale Verantwortung nicht wahr. Die Kosten für den Versuch müssen von Gewerbe und Berufstätigen getragen werden. Die Seegemeinden müssen sich nun endlich wehren und der Kanton muss seine Aufsichtsrolle wahrnehmen und den Versuch verhindern. Langfristig braucht der Bezirk Meilen einen Seetunnel.

Bei der Bellerivestrasse handelt es sich um die wichtigste Einfallsachse in die Stadt Zürich für das Gewerbe und die Bevölkerung des rechten Zürichseeufers. Die Stadt Zürich plant, während neun Monaten zwei der vier Spuren für Versuchszwecke zu sperren. Sie gibt vor, Erkenntnisse im Verkehrsablauf für das spätere Renovationsprojekt bei einer reduzierten Anzahl Spuren gewinnen zu wollen. Mit diesem Vorgehen nimmt die Stadt Zürich in Kauf, einen besonders neuralgischen Punkt der Zürcher Verkehrsinfrastruktur für Versuchszwecke teilweise lahmzulegen. Das Gewerbe befürchtet, dass diese temporäre Sperrung als Dauerprovisorium enden wird.

Leidtragende des Vorgehens der Stadtzürcher Regierung sind besonders Gewerbebetriebe. Handwerksbetriebe und Lieferanten werden bei Fahrten in die Stadt Zürich unnötig schikaniert und mit zusätzlichen Kosten belastet. Sie stehen im künstlich herbeigeführten Stau und verlieren an Produktivität. Auch Berufsleute, welche für ihre Berufsausübung auf ein Auto angewiesen sind und nicht auf den öffentlichen Verkehr umsteigen können, werden zu Versuchskaninchen der Stadt. Weiter werden das Seefeld-Quartier und die angrenzenden Gemeinden vom Spurabbau spürbar betroffen sein. Denn es drohen massiver Schleichverkehr und Umsatzeinbussen wegen ausbleibender Kundschaft.

Mit dem Versuch missachtet die Stadt Zürich den Anti-Stau-Artikel (Art. 104) in der Kantonsverfassung, welcher bei einer Verminderung der Leistungsfähigkeit einzelner Abschnitte den Ausgleich im umliegenden Strassennetz vorsieht. Es ist nun an den Gemeinden des rechten Zürichseeufers, sich geschlossen für die Interessen ihrer Bevölkerung und KMU zu wehren. Der Kanton Zürich ist zudem gefordert und muss seine Aufsichtsrolle wahrnehmen. Der Versuch muss durch den Kanton verhindert werden. Die Stadt Zürich darf sich nicht weiter ihrer überkommunalen Verantwortung entziehen. Denn die Herausforderungen in der Bewältigung des Verkehrs können nur gemeinsam gelöst werden.

Es ist ferner höchste Zeit, die bestehenden Projekte des grossen und kleinen Seetunnels erneut anzugehen, damit der Bezirk Meilen verkehrstechnisch nicht noch stärker ins Abseits gerät.

Kontakte:

Gewerbeverband der Stadt Zürich:	Nicole Barandun, Präsidentin	079 744 20 75
Gewerbeverband Bezirk Meilen:	Marianne Zambotti, Präsidentin	079 631 93 85
Gewerbeverein Seefeld:	Susanne Brunner, Präsidentin	079 210 77 54
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich:	Thomas Hess, Geschäftsleiter	079 774 36 60